



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

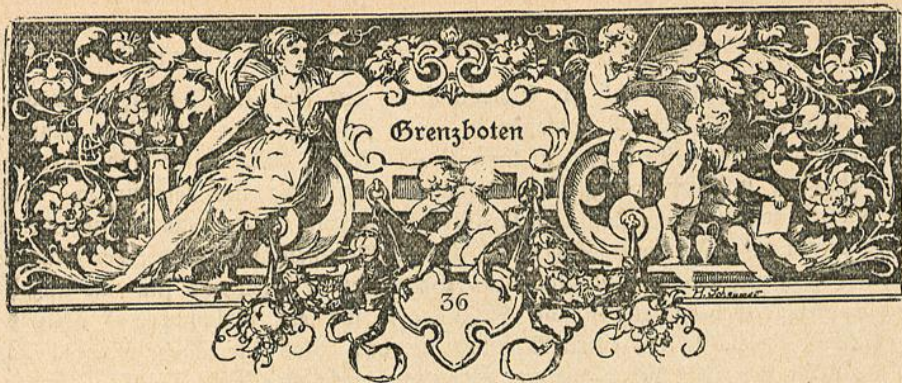
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, Georg: Des polnischen Problems neueste Phase

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Des polnischen Problems neueste Phase

Von Georg Kleinow



Wie ein Korallenriff vor der Hafeneinfahrt liegt, umbrandet von den Wogen politischer Leidenschaften und Habgier, die polnische Frage vor dem Wege zum Frieden in Osteuropa. Und doch brauchte sie tatsächlich nur das zu sein, was Fürst Metternich einst von ihr sagte, ein Phantom! Es zerspränge in dem Augenblick, wo die Erkenntnis der Riesenkompexe gemeinsamer Kulturaufgaben, die Uneinigkeit zwischen Habsburg und Hohenzollern über die Zukunft Polens wie eine Seifenblase würde verschwinden machen. Einige Polen scheinen das problematische im Wesen der Polenfrage zu empfinden. Sie drängen darum zur Lösung in irgendeiner Form, die nicht Beseitigung des Risses bedeuten würde, selbst zu einer solchen wollen sie sich verstehen, die dem polnischen Volk zurzeit in keiner Weise genügen könnte, nur um den Platz als Wellenbrecher und Hindernis der freien Schifffahrt sich zu erhalten. In ihrer Phantasie wächst das Korallenriff empor zu einem alle polnischen Heimstätten umfassenden Ringe, auf dem die blühenden duftenden Gaine zu wachsen vermöchten für den heiligen Dienst an der Nation. — Bismarck hat die Polen Träumer und Dichter genannt, aber er hat auch den Zusammenstoß deutscher und russischer Heere gefürchtet, weil die deutsche Regierung alsdann gezwungen sein würde, die Polenfrage zu lösen.

Jeder Staatsmann, der gegenwärtig vor die vom Fürsten Bismarck so gemiedene Aufgabe gestellt wird, hat sich in erster Reihe darüber klar zu sein, daß die Polenfrage entstanden ist durch die Ohnmacht der alten polnischen Adelsrepublik zwischen den aufstrebenden preußischen und russischen Monarchien zu bestehen. Friedrich der Große kennzeichnete dies „merkwürdige Land“ in einem Gespräch mit dem Comte de Ségor Ende Januar 1785: „Polen ist frei, und dabei sind die Polen Sklaven, die Verfassung ist republikanisch, aber es steht ein König an der Spitze, das Land ist unendlich groß und hat fast keine Einwohner, die Polen lieben den Krieg und führen seit Jahrhunderten ruhmvolle Kriege, und trotzdem haben sie keine Festungen und statt einer ordentlichen Armee nur das allgemeine Aufgebot mutiger, aber undisziplinierter Männer, die stets in Faktionen

und Koterie zerspalten und so leidenschaftlich auf ihre zügellose Freiheit verfaßt sind, daß bei ihren Reichstagen das Veto eines einzigen Mitgliedes genügt, um den Volkswillen scheitern zu lassen. Die Polen sind tapfer und ritterlich, aber daneben mit sehr wenigen Ausnahmen unbeständig und leichtsinnig. Nur die Frauen zeigen eine erstaunliche Charakterstärke und sind manchmal die eigentlichen Männer.“ In diesen Sätzen des großen Preußenkönigs findet der Staatsmann von heute, wo doch Rußland als Wettbewerber Preußens für eine Anzahl von Jahren ausgeschieden ist, die Grundlagen für ein diplomatisches Aktionsprogramm; sie geben ihm einen Maßstab für das, was die Polen wirtschaftlich selbst aus eigener Kraft hervorgebracht haben und was ihnen durch Deutsche, Juden, Russen mehr oder minder aufgezwungen wurde. Nach dem Ausscheiden Rußlands geht der Kampf um die Seele Polens zwischen dem Deutschen Reiche und Osterreich-Ungarn. Die Polen sind nach wie vor ohnmächtig, ihr Geschick selbst in die Hand zu nehmen, es sei denn, daß sie sich entschließen, freiwillig auf die eine oder andere Seite zu treten und dann auch mit dieser Seite durch dick und dünn zu marschieren.

Dann nämlich würde der Staatsmann des gewählten Landes vor die Entscheidung gestellt, Polen die Möglichkeit zu geben, sich — selbst unter Zurücktreten der Interessen des eigenen Landes — kulturell, wirtschaftlich und politisch frei zu höheren Stufen zu entwickeln. Den ganzen Sommer dieses Jahres hindurch hat es den Anschein gehabt, als wenn wenigstens einzelne Männer unter den Polen, etwa Prinz Radziwill, Graf Ronikier, Adam Rapieralski und vielleicht noch ein halbes Duzend die Lage der polnischen Frage klar erkannt hätten. Sie schienen, vertrauend auf die natürlichen, wenn auch unorganisierten Kräfte ihres Volkes, entschlossen, unter allen Umständen mit Deutschland zu gehen und alle austro- und ruffophilen Strömungen ebenso zurückzudrängen, wie den extremen Anarcho-Sozialismus. In den Blütewochen dieses Jahres, bald nach Beginn der großen deutschen Offensive, hat die Warschauer Regierung in Berlin um den Nachweis eines preukischen Hohenzollernprinzen für die Übernahme der polnischen Königskrone unter gleichzeitiger Erklärung ihrer Bereitwilligkeit, mit dem Deutschen Reiche gewisse Konventionen gegen die Garantierung gewisser Grenzen einzugehen.

Es ist selbstverständlich, daß die deutsche Regierung die ihr gebotene Hand nicht zurückweisen konnte, dies um so weniger, als die Vorschläge der Polen im allgemeinen auf dem Wege der von Deutschland schon seit Jahr und Tag angestrebten Richtung lagen. Auf die Namhaftmachung eines Hohenzollernprinzen für den polnischen Königsthron wurde indessen verzichtet, da der König von Polen zweckmäßigerweise ein Katholik sein sollte und das hohenzollernsche Hausgesetz den reformierten Mitgliedern des preukischen Königshauses den Übertritt in eine andere Religionsgemeinschaft untersagt. Damit tritt denn die Königsfrage in Polen für uns im Augenblick auf den zweiten Plan.

Theoretisch betrachtet würde der von der deutschen und polnischen Regierung eingeschlagene Weg die Fortsetzung des Versuches, die Polenfrage im Interesse der polnischen Nationalität, d. h. unter bewußter Zurücksetzung deutsch-völkischer Belange zu lösen, bedeuten. Er bedeutet die praktische Anerkennung des polnischen Volkes als Nation, die bereits durch den Akt vom 5. November 1916 in Aussicht genommen war,

sowie die Anerkennung des Rechtes dieser Nation, sich nach eigenen Wünschen und eigenem Geschmaç zu regieren und zu entwickeln. Diese Anerkennung liegt auch in der Gewährung eines freien Zutrittes zum Meere durch die Weichsel bei Danzig und in der Bereitschaft, Teile von Weiskrußland und Litauen zur Polonisierung an den neuen Staat auszuliefern. Die Anerkennung des polnischen Nationalstaates findet eine Beschränkung durch die beabsichtigte Führung der politischen Grenzen Polens gegen Preußen und Galizien. Die polnische Regierung soll gebunden sein, sich um die in den befreundeten Staaten wohnenden Volksgenossen nicht zu kümmern. Die Maßnahmen, die Deutschland fordert, um gegen Überraschungen durch seinen neuen Freund gesichert zu sein, beschränken sich auf militärische, wirtschaftliche und verkehrspolitische Konventionen, deren Einzelheiten noch nicht der öffentlichen Besprechung unterliegen. Im übrigen soll die erste selbständige polnische Regierung ausdrücklich den Verzicht auf die ehemals polnischen Landesteile Preußens aussprechen. Das ganze ist somit ein Versuch, durch die Schaffung und den Ausbau gemeinsamer Wirtschaftsinteressen die nationalen Gegensätze und allen politischen Ehrgeiz zu überwinden.

Gelegentlich der letzten Aussprache im Großen Hauptquartier sollten die Abreden des Sommers unter Mitwirkung unseres österreichisch-ungarischen Bundesgenossen zum Abschluß gebracht und alsdann in eine gehörige staatsrechtlich vorgesehene Form gegossen werden. Am 14. August erschien Prinz Janusz Radziwill im Großen Hauptquartier, und nach seiner Abreise fanden die Besprechungen zwischen den beiden Kaisern und ihren Ministern statt. Wir glauben nicht fehl zu gehen, wenn wir annehmen, daß die gewünschten und erhofften Ergebnisse trotz größten Entgegenkommens von seiten des Kaisers Karl nicht erzielt worden sind infolge der absoluten Weigerung des Grafen Burian, von der sogenannten austro-polnischen Lösung auch nur einen Schritt abzuweichen. Seitdem gehen die Verhandlungen zwischen Berlin, Wien und Warschau hin und her. Sie haben zunächst ein negatives Ergebnis gezeitigt: Graf Burian hat durch seine Presseverkündungen lassen, daß ihm von der Preisgabe der austro-polnischen Lösung nichts bekannt sei, während Prinz Radziwill, der sich inzwischen in Wien und Krakau aufgehalten hatte, einem Interviewer mitteilte, er sei ohne ein festes Programm ins Große Hauptquartier gekommen. Mit anderen Worten, die Polen scheinen sich wieder von ihrem Angebot im Frühjahr freigemacht zu haben und versuchen nun, eine neue Grundlage zu Verhandlungen für sich zu schaffen, indem sie Wien und Berlin gegeneinander ausspielen und die Frage hin und her schieben.

Recht bei Lichte besehen, kann uns und der deutschen Regierung diese Entwicklung der diplomatischen Verhandlungen über die Polenfrage nur willkommen sein, wenn auch unsere Handelskreise sich dadurch beunruhigt fühlen wollten. Hier handelt es sich nicht um kurzfristige Unternehmungen oder taktische Spekulationen, sondern um den fundamentalen Neuaufbau aller Verhältnisse im Osten, der wirtschaftlichen und politischen ebenso wie der sie schützenden rechtlichen und militärischen. Das sollte von Niemandem übersehen werden, der jetzt die Regierung zur Nachgiebigkeit und Preisgabe von politischen Stellungen drängt, nur um die Frage, der wir alle ehrlich überdrüssig geworden sind, aus der Welt zu schaffen. Das wäre nicht der Weg! Die Frage bliebe, aber wir würden wertvolle Positionen verloren haben, deren wir dringend bedürfen, um sie dennoch zu meistern.

Nicht wir sind tatsächlich die Verlierenden in dieser neuesten Phase des diplomatischen Spiels, wenn auch gewisse Unbequemlichkeiten nicht zu leugnen sind, sondern die Polen. Klar wird dies, sobald man sich kaltblütig und ohne nationale Empfindlichkeit vorhält, welche Ergebnisse die polnischen Staatsmänner erzielen können, je nachdem sie den günstigen Augenblick erfassen oder auf sogenannte bessere Konjunkturen warten.

* * *

Eine Verständigung mit Deutschland auf der Grundlage der Besprechungen dieses Sommers würde ein polnisches Reich etwa von der Größe Preußens ohne die Rheinprovinz mit etwa 17 bis 18 Millionen Einwohnern ergeben. Von diesen Einwohnern wären etwa zwei Millionen Juden, eine Million Deutsche, zwölf Millionen Polen und zwei Millionen verhältnismäßig leicht zu polonisierende Litauer, Weißrussen und Ukrainer.

Das Gebiet umfaßte die beiden großen Kulturzentren Warschau und Wilna, und wäre trotz politischer Grenzen eng verbunden mit dem dritten geistigen Zentrum Krakau, sowie durch die Macht der wirtschaftlichen Erfordernisse mit Oberschlesien, Posen, Westpreußen und Litauen. Kein politischer Sicherheitsvertrag könnte verhindern, daß durch die Zusammengehörigkeit der ober-schlesischen und polnischen Bergbau- und Eisenindustrie, durch Sommerarbeiter in der preußischen Landwirtschaft und durch die Handelsfreiheit auf Weichsel und Memel (Njemen) eine fortgesetzt steigende Flut polnischen Einflusses über die Westgrenze bräche und die ehemals polnischen Gebiete Preußens in friedlicher Eroberung kulturell mit dem polnischen Staate verbände. Nach Lage der Dinge in der deutschen Ostmark würden drei bis vier Jahrzehnte genügen, um die Provinzen Posen und Westpreußen innerlich aus dem deutschen Staatenbunde herauszulösen und wenn das Wahlrecht in Preußen in Richtung auf das Reichstagswahlrecht geändert werden sollte, wie es den Anschein hat, so dürften offen Kämpfe um die Vereinigung dieser Teile mit dem polnischen Staate schon in wenigen Jahren entbrannt sein. Mit Hilfe deutschen Handelskapitals und deutscher Unterstützung in allen Dingen verkehrs- und verwaltungspolitischer Organisation, bei kräftiger Entwicklung des allgemeinen und technischen Bildungswesens, sowie des polnischen Genossenschaftswesens würden diese nationalen Kämpfe fortschreitend zur Kräftigung des polnischen Staatsgedankens und zu dem Wunsche nach völliger Abschüttelung der deutschen Vormundschaft nicht nur im polnischen Staate selbst, sondern auch in Westpreußen-Posen und Oberschlesien führen und die polnische Diplomatie zwingen, in der auswärtigen Politik Verbindungen anzuknüpfen, die eine gewisse Gewähr dafür bieten möchten, mit ihrer Hilfe das ersehnte Ziel des Zusammenschlusses durchzusetzen. Verlangsamt könnte eine solche Entwicklung durch ein wieder erstandenes Rußland werden, das in Gegensatz zu Polen träte, beschleunigt würde sie durch dasselbe Rußland, sofern es sich wie das Rußland des neunzehnten Jahrhunderts, zum Sammler der slawischen Völker aufwürfe. Wir brauchen indessen die russischen Möglichkeiten solange nicht in die polnische Rechnung einzusetzen, wie wir überzeugt sind, gegen die Westmächte in den nächsten Jahren eine uns günstige Entscheidung herbeizuführen. Die gegenwärtig in Polen amtierenden Staatsmänner haben durch ihre Entschlüsse selbst einen so großen

Einfluß auf die Entwicklung, daß sie in der Lage sind, die künftige Stellung Rußlands zu seinen Nachbarn im voraus mit zu bestimmen.

Wichtiger ist die Haltung Österreich-Ungarns. Wir verhehlen uns nicht, daß eine ähnliche Gefahr, wie sie der deutschen Ostmark durch den neuen Polenstaat droht, auch für Galizien und in einem späteren Zeitraum auch für Teile Oesterreichisch-Schlesiens besteht. Diese Gefahr ist jedoch nicht so brennend, weil ihr die wirtschaftliche Stoßkraft fehlt. Zwischen Polen und Galizien besteht die rege Verbindung, die zwischen Polen und der deutschen Ostmark schon seit dreißig Jahren vorhanden ist, nicht. Die Arbeiterfrage wird von den Ruthenen getragen, die von Osten nach Westen drängen. Die polnische Frage in Österreich ist mehr geistigen Inhalts und stand vor Ausbruch des Krieges im Begriff, von der ruthenischen Frage abgelöst zu werden. Habsburg könnte eine polnische Gefahr mit Leichtigkeit bannen, sofern es sich entschloße, die Ruthenen in Galizien gegen sie aufzurufen. Die augenscheinliche Macht des polnischen Einflusses in Wien beruht auf den eigentümlichen parlamentarischen Verhältnissen in Oesterreich und in der Furcht der Ungarn vor einem Anwachsen der Ruthenen im Norden der Karpathen, weil der ungarische Staat bereits eine zwar nicht große aber durch die großrussische Agitation lebhaft bewegte ruthenische Bevölkerung hat, die bei einer Ukrainisierung Galiziens eine höchst unwillkommene Irredenta bilden würden. Daher stammt auch die große Einmütigkeit der beiden habsburgischen Reichshälften in dem Bestehen auf der aufropolnischen Lösung. Hierzu treten Habsburgs Sorgen um den Bestand Österreichs. Wie es in Österreich aussieht, ist in den „Grenzboten“ von berufenen Federn dargelegt worden. Die Tendenz der slawischen Völker geht darauf aus, den Staat zunächst aufzuteilen in einen deutschen, tschechischen, südslawischen und polnischen Reichsteil mit selbständigen Armeen und selbständiger auswärtiger Politik. Das Kaiserhaus konnte sich nur auf die Deutschen und die Polen stützen, vorausgesetzt, daß der polnische Landesteil entsprechend vergrößert wird, und daß in diesen beiden Völkern nicht die demokratischen Tendenzen einen Umfang annehmen, dem gegenüber sich die Monarchie nicht halten könnte. Diese Gefahr aber ist sehr groß. Die deutsche Sozialdemokratie ist republikanisch, das moderne Polentum ist fast bolschewistisch! Die Entwicklung in Galizien drängt nicht zu einer von Rom gestützten Monarchie, sondern zur liberalsten Republik und die ehemals russischen Polen sind so stark vom russischen Anarcho-Sozialismus verseucht, daß sie eine Stärkung monarchischer und katholischer Tendenzen in einem schwachen Staate, wie der österreichische ist, nicht nach sich ziehen können. Das polnische Volk muß erst von dieser Verseuchung durch eine auf Recht und ehrlicher Arbeit beruhende Wirtschaft und Verwaltung befreit werden, ehe es ein Faktor zur Gesundung der österreichischen Monarchie werden könnte. Aus eigener Kraft könnte nach dem Jahrhundert der Unselbständigkeit ein polnischer Staat unter habsburgischem Szepter nicht gesund werden und alle Mühen wären umsonst aufgebracht; mit dem zerfallenden Oesterreich wurde Polen wie im achtzehnten Jahrhundert wieder der Tummelplatz des deutsch-russischen Gegensatzes werden. Bleibt Oesterreich dennoch auf seinem Willen und fordert es mit oder ohne Einverständnis der Warschauer Regierung den Anschluß Kongreßpolens, so bliebe Deutschland nichts anderes zu tun übrig, als die sehr erheblichen Grenzberichtigungen zu fordern und durchzusetzen, die ich hier in Heft 19. d. J. bezeichnet habe. Eine

austropolnische Lösung würde niemandem von den Beteiligten und nur Ungarn in dem oben gekennzeichneten bescheidenen Rahmen etwas nützen, alle würden leiden: Oesterreich durch die Komplizierung der inneren Verhältnisse und Gefährdung der Monarchie, Deutschland durch die Notwendigkeit, weitere Polen in seine Grenzen aufnehmen zu müssen und durch allerdings noch erträgliche geschäftliche Verluste, beide durch den notwendigerweise folgenden Zusammenbruch des Bündnisses; die Polen aber würden in ihrem Streben zur Einigung mindestens um ein halbes Jahrhundert zurückgeworfen. Und darüber sollten sie sich im klaren sein: ihr Traum, Litauen zu besitzen, wäre ausgeträumt, — Bjalystok und Wilna würden eher russisch als polnisch werden!



Mehr politische Klarheit!

Von Dr. Karl Buchheim



uch am Beginn des fünften Kriegsjahres ist Unklarheit des politischen Willens ein Faktor deutscher Schwäche. Ich will nicht der Regierung allein die Schuld aufbürden und nicht bezweifeln, daß sie mehr erstrebt, als die bloße Wiederherstellung eines politischen Zustandes von der Art, wie er vor dem Kriege war. Aber es wäre hohe Zeit, daß sie weitere Volkstreue mit ihren Zielen bekannt machte und auch innere Kämpfe nicht scheute, um für sie zu werben. Wir haben jahrelang so zu sagen im Dunkeln gefochten. Abwehr war der einzige Gedanke. Solche Folgsamkeit des Volkes, die keine Frage auf die Lippen kommen läßt, erleichtert natürlich den leitenden Männern ihre Arbeit sehr. Sie behalten alle Trümpfe in der Hand, legen sich auf nichts fest und bleiben also immer in der glücklichen Lage, sagen zu können: was wir wirklich wollten, haben wir erreicht, und was wir nicht erreicht haben, das haben wir nicht ernstlich gewollt. So gut sind heute noch manchmal die militärischen Stellen daran, weil es in der Natur der Sache liegt, daß die wirklichen militärischen Ziele immer Geheimnis bleiben. Der Führer selber ist also häufig auch der einzige kompetente Beurteiler, der uns sagen kann, ob die Ziele erreicht worden sind. Anders ergeht es der politischen Leitung. In der vaterländischen Begeisterung der ersten Kriegszeit beruhigte sich das Volk bei der Aufgabe, alles Sinnen und Trachten auf den Krieg selber zu richten, die Bestimmung der Kriegsziele aber der Weisheit der Regierung zu überlassen. Doch je länger der Kampf dauerte, und je größer seine Opfer wurden, desto stärker drängte das Volk, zu erfahren, worum es kämpfte und wofür es Opfer brächte. Die Regierung versuchte es bei der alten Übung zu lassen, um den Maßstab für ihre Erfolge oder Mißerfolge selber in der Hand zu behalten. Aber auf politischem Gebiete ist dieses Verfahren nicht in gleicher Weise in der Natur der Sache begründet wie auf militärischem. Da politisch jedem Staatsbürger ein gewisses Maß von Mitbestimmungsrecht zusteht, so schufen sich die Parteien im Volke selber Kriegsziele und begannen nach diesen verschiedenen Maßstäben über den Erfolg oder Mißerfolg der politischen Leitung zu urteilen. Daß diese Kritik nicht überall gerecht war, ist sicherlich zuzugeben. Von den Erfolgen des Heeres oder meinetwegen auch der Kriegsschemie weiß jeder, daß man nur auf Grund genauesten Fachwissens über sie urteilen kann, und keiner maßt sich so leicht dieses Fachwissen an. Wie wenig Leute aber kommen in der Politik auch nur zu der Erkenntnis, die dem Erwerb wirklicher Fähigkeiten stets vorausgehen muß: daß man von Haus aus immer Dilettant ist! Man kann also anerkennen,